



Wortprotokoll der 31. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 29. März 2023, 18:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 Seite 4

Aussprache und Beschlussfassung über das
Positionspapier des PBnE für die Sitzung des
Staatssekretärsausschusses für nachhaltige
Entwicklung am 27. März 2023 zum Thema
**„Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten,
soziale Gerechtigkeit“**

**Ausschussdrucksache 20(26)45(neu) und
Ausschussdrucksache 20(26)48(neu)**

Tagesordnungspunkt 2 Seite 6

Beschlussfassung über die Durchführung eines
öffentlichen Fachgesprächs zum Thema
**„Weiterentwicklung des Parlamentarischen
Beirates für nachhaltige Entwicklung“**
am 19. April 2023



Tagesordnungspunkt 3 **Seite 6**

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung -
Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)51

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 6**

Berichte aus den Berichterstättergruppen und zu
zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den
Ausschussberatungen

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 7**

Verschiedenes



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kleebank, Helmut Rudolph, Tina Zorn, Armand	Abdi, Sanae Kersten, Dr. Franziska Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Radomski, Kerstin Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Aeffner, Stephanie Ganserer, Tessa Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelson, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Teutrine, Jens	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Kaufmann, Dr. Michael
DIE LINKE.	Riexinger, Bernd	



Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist 18:00 Uhr und ich denke, wir beginnen mit unserer Sitzung. Ich darf Sie ganz herzlich zur 31. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE) am heutigen Tage begrüßen. Ihnen ist die Tagesordnung zugegangen. Die entsprechenden Punkte dürften nicht überraschend sein.

Vor Eintritt in die Tagesordnung kann ich folgenden Hinweis geben: Von der Fraktion der AfD wurde Herr Prof. Dr.-Ing. habil. Michael Kaufmann als stellvertretendes Beiratsmitglied benannt. Er ist heute nicht anwesend. Herr Dr. Kraft wird ihm unser „Herzliches Willkommen“ übermitteln.

Abg. **Dr. Rainer Kraft (AfD):** Sehr gerne.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dann haben wir noch nachträglich zwei Geburtstagskinder zu beglückwünschen, nämlich am 19. März 2023 hat es Herrn Axel Echeverria als ordentliches Mitglied „ereilt“ und am 26. März 2023 Herrn Jan Plobner als stellvertretendes Mitglied. Herzlichen Glückwunsch.

Tagesordnungspunkt 1

Aussprache und Beschlussfassung über das Positionspapier des PBnE für die Sitzung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung am 27. März 2023 zum Thema „Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit“

Ausschussdrucksache 20(26)45(neu) und Ausschussdrucksache 20(26)48(neu)

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wir haben unter Tagesordnungspunkt 1 die Aussprache und Beschlussfassung über das Positionspapier des PBnE für die Sitzung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung am 27. März 2023 zum Thema „Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit“. Das abgestimmte Positionspapier wurde Ihnen als Ausschussdrucksache 20(26)45(neu) zugeleitet. Die Stellungnahme der CDU/CSU-Fraktion ist als Ausschussdrucksache 20(26)48(neu) verteilt worden. Zwischen den Obleuten gab es eine Verständigung darüber, dass zu dem

Tagesordnungspunkt eine kurze Aussprache von jeweils bis zu zwei Minuten pro Berichterstatterin bzw. Berichterstatter erfolgen soll. Deswegen schaue ich mal in die Runde. Wer möchte beginnen? Herr Echeverria hat sich als erstes gemeldet. Bitteschön.

Abg. **Axel Echeverria (SPD):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was lange währt, wird am Ende gut. Das Positionspapier „Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit“ liegt vor. Wir haben unter den Unterpunkten „Arbeit und Einkommen“, „Renten- und Arbeitslosenversicherung“, „Bildung und Chancen“, „Daseinsvorsorge und gute Lebensbedingungen“, „Gesundheitsgerechtigkeit“ und „Umweltgerechtigkeit“ insgesamt 22 Anmerkungen und Forderungen des PBnE an die Bundesregierung zusammengestellt. Das kann sich sehen lassen, und die Punkte sind inhaltlich alle valide. Ein bisschen schade finde ich, dass wir zwischen den demokratischen Fraktionen keine Einstimmigkeit hinbekommen haben. Positiv ist anzumerken ist, dass dieses nicht aufgrund der Analyse, sondern aufgrund des Weges besteht, was mich schon wieder hoffnungsfroh stimmt. Wenn es nach mir gegangen wäre, hätten wir noch paar andere Akzente mit reingebracht, und zwar eine stärkere Fokussierung auf die Frage: Wie können wir das Versprechen des Sozialstaates, dass niemand „abgehängt“ wird, gemeinsam mit den staatlichen Institutionen hinbekommen, egal ob in Bezug auf Zeiten einer Beschäftigung oder bei Zeiten der Alterssicherung. Das hätte ich noch positiver gefunden. Grundsätzlich kann sich das Papier trotz alledem sehen lassen. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Danke, Herr Echeverria. Als Nächstes haben sich Frau Aeffner und Herr Schreiner gemeldet.

Abg. **Stephanie Aeffner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. Auch ich freue mich, dass wir dieses Papier tatsächlich soweit hinbekommen haben und damit dem Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung zu diesem doch zugegebenermaßen sehr umfassenden Thema unsere Forderungen mit auf den Weg geben können. Das Thema „Menschliches Wohlbefinden“ fängt quasi bei dem kleinsten Menschen an und hört im hohen



Alter auf. Wir können es in unserer Gesellschaft national, europäisch oder global betrachten. Insofern hätte noch sehr viel mehr in dieses Papier Eingang finden können. Wir haben uns an diesem Punkt tatsächlich auf die Dinge konzentriert, die wir in Deutschland entsprechend umsetzen können, weil es zu dem Thema „Globale Gerechtigkeit“ ja auch ein eigenes Papier gibt und wir dieses Thema daher nicht so sehr in den Fokus genommen haben. Ich finde, gerade auch die Entwicklungen in der Pandemie haben gezeigt, wo Armut noch mal zugenommen hat, auch durch die aktuellen multiplen Krisen. Hier gibt es tatsächlich viele Herausforderungen, insbesondere in den Bereichen „Gesundheit“, „Bildungschancen“, „Teilhabechancen“, „Chancen auf eine Teilhabe am Arbeitsleben“ bis hin zu einem guten Auskommen im Alter. Das sind alles Themen mit Bezug auf die existenziellen Grundlagen. Insgesamt konnten wir in diesem Papier gute Ideen zusammentragen. Vielen Dank dafür.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön, Frau Aeffner. Nun Herr Schreiner.

Abg. **Felix Schreiner (CDU/CSU):** Guten Tag in die Runde. Wir haben ja große Teile des Papiers im Konsens auf den Weg gebracht. Ich will auch vorweg bemerken, dass das Papier im Großen und Ganzen nicht nur gut gelungen ist, sondern auch die Zustimmung meiner Fraktion hat. Wir werden auch zustimmen. Das erst mal vorweg. Aber ich kann mir einen Hinweis an den Kollegen nicht verkneifen. Natürlich kann Konsens nicht darin bestehen, dass man alles, was von unserer Fraktion gemeldet wird, gar nicht oder erst irgendwann zur Kenntnis nimmt. Teilweise haben wir gar keine Rückmeldung erhalten. Wir haben daher unsere Stellungnahme verschickt, die nun als eigene Drucksache verteilt wurde. Dies war am Ende die Bedingung, dass wir dem Papier insgesamt dann doch zustimmen.

Ein paar Punkte möchte ich schon noch mal aufgreifen. Beispielsweise den Bereich „Arbeit und Einkommen“. Das mag sich als Kleinigkeit anhören. Aber aus unserer Sicht ist es eben schon so, dass, wenn wir bei dem Thema „Arbeitsmarktzugänge von Nichtstaatsangehörigen“ über die Erleichterungen reden, wir weiterhin auch von einer Trennung

von Arbeits- und Fluchtmigration sprechen möchten. Das sehen wir als essenziell.

Oder beim Thema der „Kinderrechte“, die im Grundgesetz verankert werden sollen, wie es in dem Papier aufgenommen wurde. Da geht es dann eben auch um ein gewisses Familienbild. Aus unserer Sicht sollte es da eben keine Verlagerung in Richtung Staat geben. Mit der Union gibt es daher auch keine „Lufthoheit“ über das Thema „Kinderbetten“ in Deutschland. Das ist schon etwas Grundsätzliches, das man diskutieren kann und auch muss. Deshalb haben wir das auch angemerkt.

Als Letztes möchte ich Folgendes sagen: Wir hatten ja auch um die Erweiterung eines Punktes gebeten, nämlich, dass wir Gerechtigkeit global denken müssen, weil es, egal in welchen Bereichen wir über „Nachhaltigkeit“ sprechen, am Ende immer nur mit internationalen Partnerschaften geht. Das wäre auch ein Punkt gewesen, der dem Papier ganz gut getan hätte.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Schreiner. Ich schaue noch mal zur FDP. Bitte sehr, Herr Gründer.

Abg. **Nils Gründer (FDP):** Kollege Jens Teutrine war ja für unsere Fraktion der Berichterstatter für das Positionspapier. Er hat mich kurzfristig gebeten, noch ein paar Punkte dazu zu sagen. Er ist sehr froh, dass es insgesamt zustande gekommen ist. Er möchte aber noch auf folgende Punkte hinweisen: In der Bevölkerung herrscht ein ausgeprägtes Feingefühl für Ungerechtigkeiten, insbesondere für Leistungsungerechtigkeiten, also auch die Frage, ob sich Leistung lohnt. Dabei ist herausgekommen, dass die Bevölkerung dafür eine erhöhte Sensibilität hat. Darüber hinaus ist „Chancenarmut aufgrund der sozialen Herkunft“ ein großes Problem. Hier sind wir auch sehr froh, dass die Bundesregierung das glücklicherweise nun angeht.

Ein zentraler Punkt für uns ist die Bekämpfung der sozialen Ungerechtigkeiten im Bereich der Bildung. Ziel der Bildungspolitik muss die Befähigung zu einem selbstbestimmten Leben sein. Zusätzlich sollte es durch lebenslange Fort- und Weiterbildung ermöglicht werden, bestehende Defizite abzubauen und so zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. Im



Fall von Chancengerechtigkeit und sozialer Ungerechtigkeiten bei Kindern ist der Zugang zu staatlicher Hilfe aus unserer Sicht noch zu bürokratisch. Über das geplante digitale Kinderchancenportal wird dieser Zugang endlich erleichtert und kann so nachhaltig die Chancen von Kindern für einen sozialen Aufstieg verbessern.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Gründer. Dann schaue ich noch mal zu Herrn Dr. Kraft. Da gibt es offensichtlich keinen Redewunsch. Vielen Dank.

Dann kommen wir zur Abstimmung über das Positionspapier mit der Ausschuss-drucksachen-Nr. 20(26)45(neu). Wer stimmt dafür? Ich bitte um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der Grünen, SPD, CDU/CSU und der FDP, bei Abwesenheit der Fraktion die LINKE. Dankeschön. Wer ist dagegen? Niemand. Wer enthält sich? Die AfD-Fraktion enthält sich. Dankeschön. Damit ist das Papier bei Abwesenheit der Fraktion die LINKE. angenommen.

Tagesordnungspunkt 2

Beschlussfassung über die Durchführung eines öffentlichen Fachgesprächs zum Thema „Weiterentwicklung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung“ am 19. April 2023

Ausschussdrucksache 20(26)51

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 2. Unsere Sitzungen sind ja grundsätzlich alle öffentlich. Das heißt, wenn wir eine nicht-öffentliche Sitzung durchführen, müssen wir dies jeweils gesondert beschließen. Dazu dient der Tagesordnungspunkt 2. Wir haben uns darauf verständigt, eine erste Beratung zur „Weiterentwicklung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung“ am 19. April 2023 in einer nicht-öffentlichen Sitzung durchzuführen. Deswegen muss ich hier darüber jetzt abstimmen lassen. Wer stimmt also für diese nicht-öffentliche Sitzung am 19. April 2023? Das ist die SPD, das sind die Grünen, die AfD, die CDU/CSU und die FDP. Damit ist dieser Punkt insgesamt bei Abwesenheit der Fraktion die LINKE. angenommen.

Dankeschön.

Tagesordnungspunkt 3

**Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung -
Beschlussfassung über die Votenliste**

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 3, nämlich der Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung und der Beschlussfassung über die Votenliste. Prüfbitten liegen heute keine vor. Auch in der Obleuterunde gab es hierzu keine Einwände. Deswegen lasse ich direkt abstimmen. Wer stimmt für die Votenliste auf Ausschuss-Drucksache 20(26)51? Ich bitte um Ihr Handzeichen. Das sind die Grünen, die SPD, AfD, CDU/CSU und die FDP Dankeschön. Damit ist die Votenliste insgesamt bei Abwesenheit der Fraktion die LINKE. im Beirat angenommen.

Tagesordnungspunkt 4

Berichte aus den Berichterstattergruppen und zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den Ausschussberatungen

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 4, nämlich den Berichten aus den Berichterstattergruppen und zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den Ausschussberatungen. Gibt es aus den Ausschüssen oder von anderen Aktivitäten etwas zu berichten? Zunächst Herr Brinkhaus und dann Herr Dr. Kraft.

Abg. **Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):** Es wäre ganz gut, wenn wir mal die Zeit finden könnten, um über das zu ändernde Klimaschutzgesetz, bei dem die Sektorziele aufgegeben werden, zu sprechen. Wir waren da sehr irritiert. Vielleicht erhalten wir darüber auch noch Erklärungen, was da passiert ist. Das fällt insgesamt weit hinter dem Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2021 zurück. Zudem haben wir Probleme mit dem Nachhaltigkeitscontrolling. Das haben wir hier schon mehrfach angesprochen. Das wird jetzt noch schlimmer, weil alles verwischt wird. Aus unserer Sicht ist das an dieser Stelle eine „Verantwortungsvergemeinschaftung“, die stattfindet. Das ist fast wie eine „Schuldenvergemeinschaftung“. Gleichzeitig ist sehr viel unklar. Das müssen wir heute nicht bereden. Die Sache ist ja noch recht frisch. Da sollten wir uns drauf vorbereiten. Das ist einfach



nur die Anregung, dass wir das hier im Beirat an geeigneter Stelle aufgreifen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ich habe es aufgenommen. Vielen Dank für den Hinweis. Das werden wir so tun. Als Nächster Herr Dr. Kraft.

Abg. Dr. Rainer Kraft (AfD): An dieser Stelle ein kurzer Überblick, nachdem im Obleutegespräch angeregt worden ist, aus den Ausschüssen zu berichten.

Letzte Woche befand sich der Ausschuss für Klimaschutz und Energie auf einer Delegationsreise in Portugal und Spanien. Und neben vielen Photovoltaik-, Wind- und Wasserstoffprojekten war am letzten Tag der Reise auch ein Besuch beim Projekt „Madrid Nuevo Norte“ vorgesehen. Das ist ein Stadtentwicklungsprojekt im Norden Madrids, bei dem auf Brachflächen bzw. auf alten Eisenbahnstrecken ein komplett neuer nachhaltiger Stadtbezirk entstehen soll, mit entsprechendem Wohnraum, insgesamt mit kommerziellen und administrativen Gebäuden. Das ganze Projekt ist kein Regierungsprojekt. Es ist ein kommerzielles Projekt. Hierzu wurde eine Stadtentwicklungsgesellschaft gegründet, die diesen Stadtbezirk in über 20 Jahren mit vielen Milliarden Euro entwickeln möchte und dann wahrscheinlich irgendwann in entfernterer Zukunft dieses Projekt abschließen wird. Die Versprechungen, die uns bzw. den Mitgliedern der Delegation dort gemacht wurden, waren weitreichend. Dieser Stadtbezirk soll auf Grundlage der Nachhaltigkeitsziele entwickelt werden. Es soll um kurze Wege gehen, und er soll einen hohen Grünanteil haben. Natürlich sollen die Häuser als Null-Energie-Häuser gebaut und ausschließlich mit regenerativen Energien versorgt werden, die dann auch in diesem Stadtbezirk gewonnen werden sollen. Das ist sicher ein ambitioniertes Ziel. Derzeit gibt es nichts Weiteres als ein Modell und PowerPoint-Folien. Aber ich glaube, es ist für die Leute, die Nachhaltigkeitspolitik betreiben, durchaus interessant zu sehen, wie sich dieser Stadtteil entwickelt und inwiefern die Vorgaben realisiert

werden können, vor dem Hintergrund, dass das Ganze mit Photovoltaik, aber auch mit begrünten Dachflächen und mit Wärmepumpen versorgt wird und mit Null-Energie-Häusern entwickelt werden soll, was natürlich vor dem Hintergrund des Bedarfs an Kälteenergie, die im Sommer in Spanien nötig ist, ein ambitioniertes Ziel ist. Aber das wird man sehen. Ich glaube, wer daran interessiert ist, kann sich das in Zukunft gerne ansehen bzw. das Projekt begleiten.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank für diesen Einblick von der Delegationsreise des Ausschusses für Klimaschutz und Energie. Eine Rückfrage hätte ich. Wissen Sie zufällig, ob es dazu Unterlagen gab, die wir vielleicht den Beiratsmitgliedern zur Verfügung stellen könnten? Wir können auch im Sekretariat des Ausschusses für Klimaschutz und Energie nachfragen.

Abg. Dr. Rainer Kraft (AfD): Meines Wissens gab es Projektunterlagen. Gegebenenfalls müsste man im Sekretariat des Ausschusses für Klimaschutz und Energie nachfragen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Das werden wir tun und die Unterlagen dann den Beiratsmitgliedern zur Verfügung stellen. Dann können wir die Details des Projekts auch noch mal nachlesen. Vielen Dank für den Bericht.

Gibt es weitere Berichte? Das ist, soweit ich das erkennen kann, nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 5

Verschiedenes

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Damit sind wir beim Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“. Gibt es hier etwas von Ihrer Seite? Das ist im Moment nicht der Fall. Dann schließe ich die Sitzung und mache darauf aufmerksam, dass wir ein bis zwei Minuten Unterbrechung für die Technik haben, und dann geht's hier mit unserer nachfolgenden Sitzung und unseren Gästen weiter. Dankeschön.



Schluss der Sitzung: 18:16 Uhr

Helmut Kleebank, MdB

Vorsitzender



Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung

Ausschussdrucksache
20(26)45(neu)

Positionspapier

Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit

Um menschliches Wohlergehen weltweit zu ermöglichen, müssen die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie heißt es deshalb: „Es gilt, die Grundrechte und -bedürfnisse jedes Menschen zu sichern, ihn vor existenziellen Gefahren zu schützen, seinen Wohlstand zu fördern und ihn zu nachhaltigem Handeln zu befähigen.“

Dabei hat ein Land wie Deutschland als Innovationsstandort, Exportnation und viertgrößte Volkswirtschaft der Welt die Voraussetzungen, diese Ziele sowohl inländisch wie auch auf der Welt zu fördern. Während es insbesondere in strukturschwachen Regionen der Welt um die Schaffung von Grundvoraussetzungen geht, sollte inländisch ein Fokus auf die Ausschöpfung der noch vorhandenen Potenziale gelegt werden.

In den letzten Jahrzehnten haben die weltweite Kindersterblichkeit sowie der Anteil an Analphabetismus abgenommen, dennoch haben die multiplen Krisen der letzten Jahre viele Anstrengungen zur Reduktion von Ungleichheit zunichte gemacht: Die Bekämpfung der globalen Armut verlor bereits vor der Corona-Krise an Fahrt. Durch die Corona-Krise ab dem Jahr 2020 und dem russischen Angriffskrieg ab dem Jahr 2022 gestaltet sich der Erfolg der Armutsbekämpfung langsamer und höchst ungleichmäßig. Daraus resultiert zum ersten Mal seit 25 Jahren ein Wiederanstieg der weltweiten Armut, welcher das Ziel, die Bekämpfung extremer Armut bis 2030, zunehmend unrealistisch macht. Auch hat nach langen Jahren des Rückgangs die Kinderarbeit seit 2016 wieder zugenommen (über 8 Mio. Kinder mehr im Zeitraum von 2016 bis 2020). Auf der anderen Seite wächst der Anteil an Bildung und menschenwürdiger Arbeit. Diese Entwicklung ist positiv. Es besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf, um menschliches Wohlergehen mit größtem Engagement weiter zu verbessern.

Im Inland zeigt sich ein erheblich ausgeprägtes Bewusstsein für Ungerechtigkeiten. Dabei wird neben der Einkommensverteilung soziale Gerechtigkeit auch mit der Frage nach Generationengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit verknüpft. Neben einer sozialen Absicherung stehen dabei gleichrangig die Frage nach Leistung und deren Honorierung im Mittelpunkt gesellschaftlicher Wahrnehmung.

Zur Vermeidung sozialer Ungerechtigkeit in Form von Armut sind Chancengleichheit, die Teilhabe am Arbeitsmarkt sowie Bildungserfolge die aussichtsreichsten Hebel im Inland.

Doch einige können durch eigene Arbeit ohne ergänzende Sozialleistungen ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Das führt im Alter häufig zu Altersarmut, denn geringe verfügbare Einkommen führen zu niedrigen Renten.

Insbesondere Erwerbstätige mit unterdurchschnittlichem Einkommen sind im Fall von Arbeitslosigkeit oder Verrentung einer erhöhten Armutsgefährdung ausgesetzt. Das betrifft



auch Teile der unteren Mittelschicht. Hierdurch nimmt die gefühlte und tatsächliche soziale Sicherheit ab.

Materielle Armut geht oft mit „Ernährungsarmut“ einher, d.h. mit einer unausgewogenen Ernährung mit wenig Nährstoffen und zu viel Zucker und ungesunden Fetten. Inzwischen gelten 70 bis 80 Prozent der Erkrankungen als ernährungsbedingt oder ernährungsmitbedingt.

Das wirkt sich auch auf die folgende Generation aus: Maßnahmen für mehr Gesundheitsgerechtigkeit müssen bereits im Kindesalter ansetzen. Studien zeigen, dass Kinder aus bildungs- und sozialbenachteiligten Haushalten sich schlechter ernähren, häufiger übergewichtig und krank sind. Sie bewegen sich weniger und gehen seltener zur Vorsorge. Deshalb braucht es mehrdimensionale Antworten des Sozialstaates, allein höhere Transferzahlungen können hier keine Lösung sein. Geringe finanzielle Ressourcen beeinflussen die Gesamtsituation. Es bestehen Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Dimensionen von Armut. Armut ist also sehr viel mehr als materielle Defizite.

Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen in den deutschen Haushalten wirken sich auf die Chancengleichheit aus und erschweren den Aufstieg durch Bildung. Wer in Armut geboren wird bleibt häufig sein ganzes Leben arm. Dies betrifft häufiger Kinder mit eigener Migrationsgeschichte und aus Familien mit Migrationsgeschichte sowie von Alleinerziehenden. Daher gilt es die Chancengleichheit in unserem Land zu stärken, um Armutsketten zu durchbrechen.

In Deutschland braucht es laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) circa sechs Generationen, um von unteren Einkommensschichten das gesellschaftliche Durchschnittseinkommen zu erreichen. Diese im internationalen Vergleich sehr langsame soziale Mobilität ist ein Kernfaktor bei der Verstärkung bestehender Ungerechtigkeiten.

Arm sein vererbt sich nicht zuletzt deshalb oft, weil Bildungserfolg in OECD-Staaten fast nirgends so stark von der sozialen Herkunft abhängt wie in Deutschland. Das steigende Ungleichgewicht zwischen Lebenshaltungskosten und dem verfügbaren Einkommen hat weitreichende Auswirkungen bis hin zur Familienplanung. Diese kann, insbesondere für Frauen, zum wirtschaftlichen Risiko werden.

Kinder aus der Armut zu holen, muss deshalb ein primäres Ziel sein. Die Chancen für Kinder und Jugendliche, die am meisten Unterstützung brauchen, müssen dabei gezielt gefördert und der Schutz von Kinder gestärkt werden. Förderleistungen müssen leichter zugänglich gemacht werden. Ebenfalls muss den neuen und vielfältigen Familienformen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Rechnung getragen werden.

Noch immer treffen soziale Benachteiligungen mit gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen zusammen. So sind von Armut betroffene Menschen auch öfter von Lärm, Luftschadstoffen, den Auswirkungen des Klimawandels und gerade in Städten von fehlenden Grün- und Freiflächen betroffen. Vor dem Hintergrund des Klimawandels werden v. a. in Innenstädten die negativen Auswirkungen zunehmen. Hier setzt die Umweltgerechtigkeit an. Maßnahmen müssen darauf abzielen, in besonders belasteten Wohnquartieren die Belastungen zu reduzieren und die Ressourcen zu fördern, um gesundheitsfördernde und nachhaltige Wohnquartiere zu schaffen. Wichtig für das Wohnumfeld sind lebendige öffentliche Räume.

Den nachfolgenden Generationen müssen eine saubere Umwelt und ein gesundes Klima, eine sozial gerechte Gesellschaft und tragfähige Staatsfinanzen, eine innovative Wirtschaft und eine moderne öffentliche Infrastruktur hinterlassen werden. Die aktuelle Nutzung der natürlichen



Ressourcen übersteigt die Regenerationsfähigkeit der Erde deutlich. Daher sichern nur eine zeitgemäße Politik der Ressourcenschonung und der effiziente Umgang mit Ressourcen Generationengerechtigkeit. Eine Begrenzung der Nutzung natürlicher Rohstoffe durch eine gezielte Förderung von Ressourceneffizienz sowie der Implementierung einer zirkulären Wirtschaft wird deshalb ein entscheidender Schritt zur Sicherung der Biodiversität und zur Begrenzung des Klimawandels sein.

Generationengerechtigkeit ist auch für einen funktionierenden Sozialstaat wichtig. Der demografische Wandel der Gesellschaft erfordert nachhaltige Finanzierungskonzepte.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) begrüßt daher, dass sich der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung in seiner Sitzung am 27. März 2023 mit dem Thema "Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit" auseinandersetzen wird. Das Positionspapier greift diese Thematik auf und formuliert entsprechende Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung.

Folgende Anmerkungen und Forderungen richtet der PBnE an die Bundesregierung:

Arbeit und Einkommen

1. Eine Vollzeitbeschäftigung in Deutschland muss gute Lebensbedingungen ohne staatliche Hilfe ermöglichen.
2. Die Bundesregierung sollte das Sozialpartnerschaftsmodell auch in Zukunft als ein Garant für wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland stärken. Die Tarifbindung muss gefördert werden.
3. Es bedarf einer besseren Regelung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf etwa durch die Stärkung der Betreuungsinfrastruktur. Genauso braucht es einen inklusiven Arbeitsmarkt, der beispielsweise Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen nicht ausschließt. Auch die Arbeitsmarktzugänge von nicht-Staatsangehörigen müssen erleichtert werden.
4. Unternehmen und Selbstständige müssen von unnötiger Bürokratie entlastet werden.

Renten- und Arbeitslosenversicherung

5. Die Rente muss verlässlich und auskömmlich sein.
6. Der Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige muss erleichtert und die Altersabsicherung verbessert werden.
7. Wir brauchen eine nachhaltige und generationengerechte Finanzierung unseres Alterssicherungssystems. Dies kann in einem ersten Schritt durch den Einstieg in eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung gelingen, die für das Kollektiv der Beitragszahler dauerhaft eigentumsgeschützt ist.
8. Die Bildung von Eigentum und private Altersvorsorge müssen vereinfacht werden.



Bildung und Chancen

9. Die Ausbildung von Fachkräften für eine zukunftsfähige Wirtschaft muss sichergestellt werden.
10. Der Zugang zu guter Bildung muss unabhängig vom Haushaltseinkommen und der sozialen Herkunft sein.
11. Das Schulsystem muss inklusiv gestaltet sein. Die Grundlage dazu bildet die UN-BRK.
12. Ziel der Bildungspolitik muss die Befähigung zu einem selbstbestimmten Leben sein. Zusätzlich sollte es durch lebenslange Fort- und Weiterbildung ermöglicht werden, bestehende Defizite abzubauen und zukünftigen Herausforderungen zu begegnen.
13. Die Rechte von Kindern müssen im Grundgesetz verankert und Kinderschutz gestärkt werden.
14. Kinderarmut muss effektiv bekämpft und Förderleistungen leichter zugänglich gemacht werden. Dies kann durch die Einführung einer Kindergrundsicherung gelingen, die aus einem einkommensunabhängigen Garantiebetrag und einem einkommensabhängigen, gestaffelten Zusatzbetrag besteht und die bestehenden Leistungen unbürokratisch bündelt. Mit einem neuen digitalen Kinderchancenportal, in dem Leistungen für Bildung und Teilhabe zu finden sind, kann Kindern ein einfacher Zugang ermöglicht werden. Bei der Leistungsbündelung und Wechselwirkungen mit anderen Leistungen muss durch eine Prüfung sichergestellt werden, dass sich die Erwerbsarbeit für Eltern lohnt.

Daseinsvorsorge und gute Lebensbedingungen

15. Bürokratieabbau muss betrieben werden, um insbesondere Menschen, die von Arbeits- und Wohnungslosigkeit betroffen sind, schnell und unkompliziert zu helfen. Bezahlbaren nachhaltigen bedarfsdeckenden Wohnraum fördern. Wohnungslosigkeit mit Housing First begegnen.
16. Digitale Infrastruktur muss überall bereitgestellt und barrierefrei ausgebaut werden.
17. Die ärztliche/medizinische Versorgung und Pflege muss wohnortnah, auch in ländlichen Regionen, sichergestellt werden.
18. Durch Verpflichtung von privaten Anbietern von Gütern und Dienstleistungen, innerhalb einer angemessenen Übergangsfrist, die Barrierefreiheit stärken. Sofern dies nicht möglich oder zumutbar ist, müssen angemessene Vorkehrungen getroffen werden. Alle öffentlichen Gebäude des Bundes sollten umfassend barrierefrei werden.

Gesundheitsgerechtigkeit

19. Neben einer guten medizinischen Versorgung ist eine gesunde Ernährung die Basis und die wichtigste Präventionsmaßnahme für Gesundheit und menschliches Wohlbefinden.
20. Die Standards der deutschen Gesellschaft für Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung müssen als Standard etabliert werden.



Umweltgerechtigkeit

21. Die Kommunen müssen bei der notwendigen Klimaanpassung vor Ort unterstützt werden.
22. Die zusätzlichen Belastungen durch den Klimawandel müssen sozial abgedeckt werden.

Stellungnahme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stimmt dem Positionspapier des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung für die Sitzung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung mit dem Thema "Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit" mit folgenden Einschränkungen zu:

Bezüglich des Themenkomplexes „Arbeit und Einkommen“ ist die Nummer 3 zu reduzieren in: „Es bedarf einer besseren Regelung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, etwa durch die Stärkung der Betreuungsinfrastruktur. Genauso braucht es einen inklusiven Arbeitsmarkt, der beispielsweise Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen nicht ausschließt.“ Zudem ist eine neue Nummer 5 wie folgt einzufügen: „Es braucht eine Unternehmenssteuerreform, da die Unternehmen in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern in Europa und der Welt steuerlich stärker belastet werden.“

In dem Bereich „Bildung und Chancen“ ist die Nummer 13 zu streichen: „Die Rechte von Kindern müssen im Grundgesetz verankert und Kinderschutz gestärkt werden.“ Darüber hinaus ist die Nummer 14 wie folgt zu reduzieren: „Kinderarmut muss effektiv bekämpft und Förderleistungen leichter zugänglich gemacht werden.“

Bei der „Daseinsvorsorge und Lebensbedingungen“ ist die Nummer 15 zu erweitern in: „Bürokratieabbau muss betrieben werden, um insbesondere Menschen, die von Arbeits- und Wohnungslosigkeit betroffen sind, schnell und unkompliziert zu helfen. Bezahlbaren nachhaltigen bedarfsdeckenden Wohnraum fördern. Wohnungslosigkeit mit Housing First begegnen. Es müssen schneller und kostengünstiger Wohnungen gebaut werden.“ Ferner ist die Nummer 18 abzuändern in: „Die Barrierefreiheit in Deutschland in öffentlichen Einrichtungen und Plätzen muss weiter ausgebaut werden.“

Es ist ein weiterer und zugleich abschließender Themenbereich „Gerechtigkeit global denken“ hinzuzufügen. Als Punkt 25 kommt hinzu: „Deutschland muss sich auf europäischer und internationaler Ebene für ein gemeinsames Vorgehen zur Schaffung gerechterer Lebensverhältnisse in der Welt einsetzen. Ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeitsstandards müssen unter den europäischen und internationalen Partnern abgestimmt werden,

um so im globalen Wettbewerb der Systeme eine einheitliche und attraktive Alternative zu ausbeuterischen Entwicklungsmodellen dritter Staaten anzubieten. Deutschland und die EU müssen sich besser als bisher koordinieren, um sich als faire Handels-, Investitions- und Entwicklungspartner auf der Weltbühne zu etablieren. Dazu gehören auch die Förderung der lokalen Wirtschaft in Ländern des globalen Südens, Unterstützung bei der Herstellung von Energiesicherheit sowie eine ehrliche wertebasierte Zusammenarbeit bei Bildung, Innovation und Digitalisierung.“ Des Weiteren ist ein Punkt 26 wie folgt hinzuzufügen: „Gemeinsam mit den europäischen und internationalen Partnern gilt es eine Strategie zu entwickeln, die der grassierenden Verschuldung und Abhängigkeit vieler Länder des globalen Südens gegenüber Gläubigerstaaten außerhalb des „Pariser Clubs“ mit fairen Finanzierungsmodellen begegnet (etwa durch eine Reform der IWF- und Weltbank-Instrumente) und so eine regelbasierte Ordnung wieder attraktiv macht.“

Auch ein Punkt 27 ist hinzuzufügen: „Im Sinne der Herstellung globaler Ernährungssicherheit ist überdies gemeinsam mit den internationalen Partnerländern daran zu arbeiten, die globalen Ernährungssysteme nachhaltiger und klimaresilienter zu gestalten. So gilt es bei der krisensicheren Gestaltung von Lieferketten für Nahrungs- und Düngemittel den Aufbau lokaler und regionaler Saatgutbanken zu unterstützen. Zur Stärkung der Nahrungsmittelproduktion sollten neben der Einbringung alter und angepasster Sorten alle agrar- und gentechnischen Mittel technologie- und innovationsoffen in Erwägung gezogen werden.“



Votenliste

Stand: 28. März 2023

lfd. Nr.	Drs.-Nr.	Art	Titel	Berichterstatter	Nachhaltigkeitsbezug	Aussagen zur Nachhaltigkeit	Aussagen plausibel	Votum der BE
1	20/6118	VO	<u>Verordnung zur Anpassung des Vergaberechts an die Einführung neuer elektronischer Standardformulare („eForms“) für EU-Bekanntmachungen und an weitere europarechtliche Anforderungen</u>	Maik Außendorf, MdB Ralph Brinkhaus, MdB	ja	ja	ja	keine Prüfbite